



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Donnerstag, den 14. Juli 1887.

Nr. 321.

Deutschland.

Berlin, 13. Juli. Der Kaiser unternahm gestern, wie aus Koblenz gemeldet war, mit der Kaiserin eine gemeinsame Promenadenfahrt und ließ sich einige Vorträge halten. Heute Abend 9 $\frac{1}{2}$ Uhr wird der Kaiser mit seinem Gefolge Koblenz wieder verlassen und sich über Darmstadt, Schwelm und Singen, woselbst morgen früh der Kaiser eingenommen werden soll, nach Konstanz begeben, von wo der Kaiser dann sofort nach der Insel Mainau weiter fährt, woselbst die großherzoglich badischen Herrschaften bereits ebenfalls anwesend sind. Die Ankunft des Kaisers auf der Insel Mainau wird morgen Vormittag 9 Uhr erfolgen. Ueber die ferneren Reiseabsichten von der Insel Mainau aus sind bis zur Stunde definitive Entscheidungen noch nicht getroffen worden. Voraussichtlich wird der Kaiser bis Sonntag oder bis zum nächsten Montag zum Besuch bei den großherzoglich badischen Herrschaften auf der Insel Mainau verbleiben und dann seine Reise nach dem Wildbad Gastein antreten.

Wie gemeldet wird, werden sich unser Kronprinz und unsere Kronprinzessin in Kurzem mit den Prinzessinnen-Töchtern an Bord der königlichen Yacht „Victoria und Albert“ einschiffen, auf welcher sie einige Tage verweilen werden, bis Schloß Morris in Ost-Cornwall auf der Insel Wight, das vom Herzog von Bedford zu ihrer Verfügung gestellt worden, zu ihrer Aufnahme hergerichtet ist.

Der „Koblenzer Zeitung“ meldet ihr Emser Korrespondent:

„Wie ich von durchaus unterrichteter Seite erfahre, ist sichere Aussicht vorhanden, daß Se. kaiserl. und königl. Hoheit der Kronprinz im Laufe des Herbstes hier (in Ems) noch eine Nachkur machen wird.“

Der Prinz von Siam trifft in Begleitung Donnerstag, den 14. d. Mts., von Stockholm zurückkehrend hier wieder ein. Dem Vernehmen nach wird der Prinz bereits übermorgen von dem Prinzen Wilhelm empfangen werden, um demselben die verleihe flammende Ordensauszeichnung zu überreichen. Von Berlin begiebt sich der Prinz von Siam mit seiner Begleitung schon in den nächsten Tagen nach London.

In Kassel ist der Oberst Bödiker, der von 1853–1863 Kommandeur der hamburgischen Truppen und Kommandant von Hamburg war, gestorben. Bei seinen Offizieren und Soldaten stand der Verstorbene in hoher Achtung.

Der Reichstag hatte in seiner Sitzung vom 12. Februar 1886 den Beschluß gefaßt, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Unterstützung der Familien der zur Uebung einberufenen Reservisten und Landwehrlente regelt. Die Ausarbeitung dieses Gesetzentwurfs wurde sofort in Angriff genommen und wäre längst zum Abschluß gelangt, wenn dabei nicht die Frage zur Erwägung gekommen wäre, ob auch die Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienste einberufenen Mannschaften reichsrechtlich zu regeln sei, wie solches der Reichstag durch einen auf den Antrag des Abg. Dunder bereits am 22. Januar 1875 gefaßten Beschluß angeregt hatte. Diesem Beschlusse trug die Reichsregierung im Jahre 1877 durch Aufstellung eines bezüglichen Gesetzentwurfs Rechnung. Hierüber in der Reichstags-Sitzung vom 28. Februar 1878 seitens des Abg. Gysoldt interpellirt, ließ die Reichsregierung die Erklärung abgeben:

„Der Gesetzentwurf geht von dem Gesichtspunkte aus, daß für Deutschland eine gleichmäßige Regelung dieser Frage erforderlich sei, nicht nur für Reserve und Landwehr, sondern auch für die Ersatz-Reserven, der Seewehr und den Landsturm; außerdem soll eine angemessene Erhöhung der Unterstützungssätze herbeigeführt werden. Die Einzelregierungen haben sich im Ganzen zustimmend ausgesprochen, ob aber da noch einzelne Erörterungen gepflogen werden müssen, derselbe noch in dieser Session vorgelegt werden kann, ist nicht zu versprechen.“

Es wird jetzt dem Vernehmen nach beabsichtigt, beide Fragen, die Frage der Unterstützung der Familien der zur Uebung einberufenen Re-

servisten und Landwehrlente und die Frage der Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienste einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes und des Landsturmes, gleichzeitig reichsrechtlich zu regeln und dem Reichstage in der nächsten Session eine diesbezügliche Vorlage zu machen. Was die Unterstützung der Familien der zum Kriegsdienste einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes und des Landsturmes anbelangt, so wurde auf Grund des Artikels 61 der norddeutschen Bundesverfassung (der in die Reichsverfassung übergegangen ist) durch Verordnung des Bundes-Präsidenten vom 7. November 1867, betreffend die Einführung der preussischen Militärgesetze im ganzen Bundesgebiete, für das letztere das preussische Gesetz vom 27. Februar 1850, wonach der monatliche Unterstützungssatz für die Frau eines zum Kriegsdienste einberufenen Reservisten oder Landwehrlenten nur 1 Thlr. 15 Sgr. und für jedes Kind unter 14 Jahren nur 15 Sgr. beträgt, eingeführt. Dieses Gesetz findet zufolge Bundesgesetz vom 8. April 1868 auch auf die bedürftigen Familien der zum Kriegsdienste einberufenen Ersatzmannschaften Anwendung und hat auch in Gemäßheit des Reichsgesetzes vom 22. November 1871 für Baden Geltung erlangt.

Die bulgarische Deputation ist in Wien gestern Abend angekommen. Sie besteht aus zehn Abgeordneten, einem Minister und drei Stabs-offizieren, meist jüngeren Männern zwischen 30 und 35 Jahren; nur Kalfschew und der Türke Mehmed Ruchbi sind alte Herren mit grauen Haaren. Mehrere Mitglieder ließen sich gleich nach ihrer Ankunft von Zeitungs-Korrespondenten willig über bulgarische Verhältnisse ausfragen und verriethen ohne Ausnahme, daß sie die Lage Bulgariens für günstig halten. Selbst Kalfschew erklärte die Haltung der Pforte für bewunderungswürdig und zweifelt nicht, daß sie die Wahl des Prinzen von Koburg befähigen wird. Auch auf die Zustimmung Oesterreichs und Deutschlands wird zuversichtlich gerechnet, ja selbst von Rußland erwarten die Bulgaren nicht unüberwindlichen Widerstand und glauben, daß dasselbe unter gewissen Vorbehalten die Wahl geschehen lassen werde, wenn ihm nur Garantie bezüglich der Einschränkung des österreichischen Einflusses in Bulgarien geboten werde. Die offizielle Aufgabe der Deputation beschränkt sich darauf, dem Prinzen den Beschluß der Sobranje mitzutheilen, sowie die volle Uebereinstimmung der Bevölkerung und der Armee mit der Sobranje zu bekunden. Die Deputation begiebt sich erst am Freitag nach Ebnethal, wo Prinz Ferdinand von Koburg residiert und große Vorbereitungen zu ihrem Empfang treffen läßt. Bezüglich der Entschließung des Prinzen weiß die Deputation noch nichts, einzelne Mitglieder aber hoffen ganz ernstlich, er werde sie gleich nach Bulgarien begleiten, eine Hoffnung, welche wohl ohne Erfüllung bleiben wird.

Was den Wahlakt in Eirnowa betrifft, so beschäftigen Korrespondenzen von dort, daß man von der Einstimmigkeit der Wahl in der vollsten Bedeutung des Wortes sprechen darf. Die Opposition hat den Koburger auch erwähnt. Zur Erklärung dient vielleicht, was man dem „Pest. Kl.“ aus Eirnowa schreibt:

Es wird versichert, daß man von Petersburg aus den russenfreundlichen Deputirten in der Sobranje den Rath gegeben habe, an den Sitzungen der letzteren theilzunehmen, allerdings unter der Versicherung, daß kein unter der gegenwärtigen Regierung gewählter Fürst die Zustimmung Rußlands erhalten werde. Wahrscheinlich dürfte hiermit auch das Verbot der Opposition zu Gunsten des Koburgers zusammenhängen, wodurch letztere den Anschein mied, als ob sie ihre politischen Liebsabereien höher als die Interessen des Landes setze, ohne deshalb auf die endliche Erreichung ihrer Ziele unter dem Protektorate Rußlands verzichten zu müssen.

Die Wiener Abendblätter enthalten folgende Meldungen bezüglich Bulgariens:

Eirnowa, 11. Juli. (Sobranje.) Der Präsident Tontschew macht Mittheilung von einem vom Prinzen von Koburg eingelangten Telegramm, in welchem derselbe allen Städten und Gemeinden, sowie den Behörden für die herzliche Art seiner Begrüßung den Dank ausspricht und

hinzufügt, daß die Verwirklichung des Wunsches der Nation von den Gesinnungen Europas und dem klugen Verhalten der Nation abhängt.

Eirnowa, 12. Juli. (Reuter-Meldung.) Der neue Minister-Präsident, Stoilow, ließ heute Morgen nach Sofia die telegraphische Botsung gelangen, alle anlässlich der letzten Ereignisse internirten Personen in Freiheit zu setzen.

Ueber das Bestehen einer Dynamitverschöpfung in Irland theilt der Londoner Korrespondent der „Irish Times“ weitere Einzelheiten mit:

„Die Verschöpfung besteht aus 9 Personen, darunter 2 Frauen, welche zu verschiedenen Zeiten während der letzten 2 Monate von Newyork und Paris nach England herüberkamen. In Liverpool trafen sie sich, als sie in Folge der Enthüllungen verschiedener Zeitungen plötzlich dort verschwanden und einige von ihnen in London auftauchten. Als die Polizei ihnen auch hier bald auf der Spur war und sie strenge überwachte, reisten drei, worunter die zwei Frauen immer, nach dem Kontinent zurück.“

Zur deutsch-russischen „Freundschaft“ geht der „Thorn. Ostdeuts. Ztg.“ folgender Bericht aus Gollub vom 11. d. M. zu:

„In diesen Tagen erhielten sämtliche deutsche Wirtschaftsbeamte, Gärtner, Kaufmannsgehilfen, Handwerker, Arbeiter u. s. w., die sich im Kreise des in Rußland-Polen, auf preussischen Baß aufhalten, die Aufforderung, in zwei Monaten Rußland-Polen zu verlassen. Die Gutbesitzer, Kaufleute resp. Gewerbetreibenden mußten sich schriftlich verpflichten, die bei ihnen in Arbeit stehenden Deutschen innerhalb des angegebenen Zeitraums zu entlassen.“

Die irische Landgesetzbill, über deren Zulassung zur zweiten Lesung im englischen Unterhause seit Montag verhandelt wird, kößt, wie zu erwarten war, bei den Radikalen und Parnelliten auf heftigsten Widerstand. Aber auch unter den Unionisten regen sich Stimmen, welche mit der von der Regierung und dem Oberhause der Vorlage gegebenen Fassung nicht einverstanden sind. Der rasche Durchberatung der Vorlage wird dies jedoch keinen Eintrag thun, da die Regierung ihre volle Bereitwilligkeit zugesagt hat, allen Wünschen von unionistischer Seite gerecht zu werden. Diese Erklärung ist in der gestrigen Debatte abgegeben worden, über welche folgendes Telegramm berichtet:

London, 13. Juli. Im Laufe der gestern fortgesetzten Debatte zur zweiten Lesung der irischen Landgesetzbill erklärte Dillon (Irlander), Klausel 1 ausgenommen, betrachte er die ganze Vorlage mit Verachtung; alle übrigen Klauseln würde seine Partei bis aufs äußerste bekämpfen. Russell (liberaler Unionist) unterstützte die Bill im Interesse der Pächter von Ulster; vernünftig abgemindert, würde sie sich als Wohlthat für die irischen Pächter erweisen. Gort erklärte namens der Regierung, Amendements von befreundeter Seite würde die Regierung gern erwägen; er ermahnte schließlich die Opposition, der Regierung behüßlich zu sein, eine Maßregel zu schaffen, welche die Leiden der irischen Pächter bis zur endgültigen Lösung der irischen Landfrage wenigstens zeitweise lindere. Dann wurde die Debatte bis zum Donnerstag vertagt.

Ein der „Bos. Ztg.“ aus Madrid zugegangenes Privattelegramm meldet, daß gestern in dem Gebäude der dortigen deutschen Botschaft der Blitz eingeschlagen hat. Der Thürwärter wurde leicht verbrannt.

In Bezug auf das im nächsten Jahre in Kraft tretende Gesetz, betreffend den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren, ist von einem sächsischen Uhrmacherverein bei dem sächsischen Ministerium des Innern eine Vorstellung eingereicht worden, die Uebergangsbestimmungen, welche bisher Geltung hatten, zu verlängern oder, falls dies nicht möglich, Maßnahmen zu treffen, welche die Entwerthung der auf Lager befindlichen, vor Erlass des Gesetzes eingeführten Uhren verhindern. Das Ministerium hat die Leipziger Handelskammer um ihr Gutachten ersucht, und diese hat nach Einvernehmen mit Sachverständigen den Betrag der eventuell alsdann in Deutschland unverkäuflichen Uhren auf 30 Millionen Mark angegeben. Da dieser Verlust unmöglich von den deutschen Uhrmachern getragen werden kann, so

hat die Handelskammer geglaubt, die von den Uhrmachervereinen vorgeschlagene Methode zur Verhinderung der Entwerthung empfehlen zu dürfen, wonach die Einregistrierung sämtlicher im Besitze der Uhrmacher befindlichen und noch nicht mit Stempel versehenen Uhren stattfinden möge.

Ein erster sächsischer Bauerntag fand am Sonntag in der kleinen Stadt Geithain statt und war, wie der „N. Pr. Ztg.“ berichtet wird, von nahezu 1000 dem Bauernstande angehörigen Personen aus dem Königreich Sachsen, der Provinz Sachsen und zum Theil aus den thüringischen Staaten besucht. Gutsbesitzer Temmering eröffnete die Versammlung, während Herr Schade-Gestewitz die Verhandlungen leitete. Nach einem Hoch auf Kaiser Wilhelm und König Albert sprach Dr. Seifert-Altenburg über „die Einwirkung des Zwischenhandels auf die Landwirtschaft“. Darauf referirte v. Nischwitz-Königsfelde über die allgemeine Nothlage der Landwirtschaft, worauf eine vom Reichstagsabgeordneten Dr. v. Frege-Abnauendorf näher begründete, diesen Punkt betreffende Resolution zur einstimmigen Annahme gelangte. Nachdem alsdann Herr v. d. Schulenburg über den deutschen Bauernbund und seine Ziele gesprochen und zum Beitritt zu demselben aufgefordert hatte, beschloß die Versammlung folgendes Telegramm an den Reichskanzler Fürsten v. Bismarck abzusenden:

„Der erste sächsische Bauerntag zu Geithain gedenkt dankbar des fürstlichen Wortes Eurer Durchlaucht: „die 20 Millionen deutschen Bauern lassen sich nicht ruiniren“, und erhofft weiteren Schutz und Berücksichtigung der bäuerlichen Interessen als sicherste Basis nationaler Kraft.“

Das bairische Staatsministerium (mit Ausnahme des Kriegsministers) hielt am 9. eine Sitzung ab, in welcher über die dem Landtage zu machenden Vorlagen eine vorläufige Beratung gepflogen wurde. Die Einberufung des Landtags geschieht wahrscheinlich zum 1. September. Ein Theil des Dienstpersonals der Reichsrathskammer ist zum 15. August einberufen. Den „N. Nachr.“ zufolge wird der Finanzminister mit einem Budget vor den neuen Landtag treten können, welches die bairische Finanzlage als eine sehr günstige fernzeichnet.

Elbing, 11. Juli. Das für Rechnung der italienischen Regierung auf der hiesigen Schiffsanwerft erbaute Torpedoboot S. 104 machte am Sonnabend, nachdem es Tags vorher die Strecke von hier bis Pillau innerhalb 2 Stunden 7 Minuten zurückgelegt, seine Probefahrt auf See, wobei eine Schnelligkeit von 23 Knoten in der Stunde, gleich 5 $\frac{3}{4}$ deutsche Meilen, erzielt wurde. Von der italienischen Regierung ist in diesem Falle der Firma eine Prämie von 10,000 Franken zuerkennen, da die kontraktliche Leistungsfähigkeit der Boote auf 21 Knoten festgestellt ist, jeder Knoten Mehrgeschwindigkeit aber mit 5000 Franken prämirt wird. Die Herstellungskosten eines dieser Torpedoböte belaufen sich auf rund 200,000 Mark.

Darmstadt, 10. Juli. Der General der Kavallerie, Prinz Heinrich von Hessen und bei Rhein, Kommandeur der großherzoglich hessischen (25. Division), ist auf sein Nachjucken durch allerhöchste Entschließung Sr. Majestät des Kaisers und Königs vom 7. d. M. mit der Bestimmung zur Disposition gestellt worden, daß derselbe in dem Verhältnisse à la suite des Husarenregiments (1. rheinischen) Nr. 7 zu verbleiben habe und auch in der Anciennitätsliste der Generale weiter zu führen sei. Das allerhöchste Kabinetsschreiben, durch welches Sr. großherzoglichen Hoheit diese Entschließung mitgetheilt wurde, enthält folgende, in der „Darmst. Ztg.“ mitgetheilte Schlusssätze:

„Bei dieser Veranlassung finde Ich Mich im Hinblick auf die von Em. großherzoglichen Hoheit in drei Feldzügen vor dem Feinde geleisteten hervorragend braven Dienste bewogen, Em. großherzoglichen Hoheit nachträglich den Orden pour le mérite zu verleihen. Ich wünsche durch diese Auszeichnung Em. großherzoglichen Hoheit Meinen warmen Dank für die treue Pflichterfüllung und Hingebung zu betheiligen, mit welchen Sie Mir und der Armee sehr gute und erfolgreiche Dienste geleistet haben, deren Ich jederzeit in gnädiger Erinnerung eingedenk sein werde.“

Ausland.

Triest, 11. Juli. Aus Catania treffen allarmierende Nachrichten ein. Die Bevölkerung flüchtet. In den letzten drei Tagen verzeichnete man 200 Cholerafälle mit 70 pCt. tödlichem Ausgang. Die Garnison verließ die Stadt und lagert in Zelten. Der Eisenbahnverkehr mit Catania ist eingestellt.

Bern, 11. Juli. Die Theilnahme des Volkes an der gestrigen Abstimmung über den Bundesbeschluss betreffend Einführung des Schutzes neuer Erfindungen und Modelle in die schweizerische Gesetzgebung war sehr gering, das Ergebnis aber ist erfreulich, da die Scharte von 1882 (Verweigerung des Patentschutzes) nun überwogen ist. Mit 191,800 Ja gegen nur 56,849 Nein, also mit fast drei Viertel gegen ein Viertel Stimmen, ist der Bundesbeschluss angenommen worden und damit die Schweiz in die Reihe der den Erfindungsschutz gewährenden Staaten eingetretten, wie sich dies für einen zivilisierten Staat ziemt. Nur in den Kantonen Uri und Appenzell A. Rh. war eine Mehrheit verneinender Stimmen (1445:563 und 636:419); eine im Verhältnis bemerkenswerthe Zahl von Nein fand sich in Glarus (1327 Nein: 1942 Ja), in St. Gallen (10,888: 23,992), Graubünden (4983: 5499), Aargau (11,072: 18,489). In vielen Kantonen war die Zahl der verneinenden Stimmen gering, so in Solothurn, Basel-Stadt, Tessin, Waadt, Valais, Neuchâtel, Genéve.

Paris, 11. Juli. Der Berichterstatter Lesquillier las heute im Budgetausschuss seinen Bericht über den Gesetzentwurf betreffend der Mobilmachung vor. Er billigt die von der Regierung angebrachte Aenderung, nach welcher die Landwehr nicht einberufen wird. Die Ausgaben betragen sieben Millionen. In einer Unterredung des Berichterstatters mit dem Kriegsminister wurde bestimmt, daß auf einberufene Reservisten lautende Wechsel während der Mobilmachung nicht protestiert werden können, und daß die Frist für die Ablieferung der mit der Eisenbahn beförderten Güter um zwölf Tage verlängert werde.

Der Ausschuss der Kammer nahm heute den kriegsministeriellen Gesetzentwurf betreffend die Neugestaltung des Heeres an.

Auf die Ansprache des Präsidenten des Empfangsausschusses von Clermont gab General Boulanger folgende Antwort:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen für den Schritt, den Sie bei mir thun, aber ich kann Ihnen nur das wiederholen, was ich soeben Ihrem Bürgermeister sagte: Der mir von der Bevölkerung gewordene Empfang hat zwischen ihr und mir ein Band geknüpft, das nichts auf der Welt zerreißen kann, und wie sich auch die Zukunft gestalten, was sie mir auch vorbehalten möge, nie werde ich den mir hier bereiteten Empfang vergessen, der mich so tief gerührt hat. Sie sagten, Herr Präsident, daß ich, während ich Minister war, als Patriot und Republikaner aufgetreten bin. Ich danke Ihnen für dieses Lob, das einzige, was ich wünschen kann. In der That umfange ich mit heißer Liebe das Vaterland und die Republik — und ich habe versucht, es zu beweisen —, denn als ich Minister war, beschäftigte ich mich mit der Politik, mit der republikanischen Dinge, wie ich es mußte. Ich bin weit entfernt, dies zu bereuen, und seien Sie überzeugt, daß, wenn ich von neuem anzufangen hätte, ich die nämliche Politik befolgen würde. Aber hierher bin ich nur gekommen, um militärische Dinge zu betreiben. Die mir zugewiesene Aufgabe ist groß genug, um mich ganz in Anspruch zu nehmen. Nochmals danke ich Ihnen, meine Herren, und seien Sie überzeugt, daß Sie während meines hiesigen Aufenthalts stets die herzlichste Aufnahme bei mir finden werden.“

In Clermont ging es sehr lebhaft zu. Den ganzen Abend hörte man Hochrufe auf Boulanger und das Lied: „En revenant de la revue“, das an die Stelle der Marseillaise getreten zu sein scheint. Die öffentliche Beleuchtung war unbedeutend und beschränkte sich fast nur auf die Kaffeehäuser und Gasthöfe. Zwischenfälle von Belang ereigneten sich nicht.

Paris, 13. Juli. Die Regierung hat umfassende Vorsichtsmaßregeln für morgen getroffen; namentlich werden die Zugänge zur deutschen Botschaft stark besetzt, sämtliche Polizeikommissare sind für morgen konfiguriert. Obwohl die vernünftige Presse die Bevölkerung beschwört, sich von dem Unfug weiterer Demonstrationen fern zu halten, scheinen diese doch unvermeidlich, da Droulede und Rochefort mit allen Mitteln hierzu begehren. Droulede berief seine Helfershelfer zu einem Rendezvous vor der Straßburger Statue auf Vormittag und versammelte sie dann wieder für die Parade um 3 Uhr Nachmittags an den Kasernen des Boulogner Wäldchens. Die Einlabung Drouledes ist viel versprechend, wie sich aus dem Antwortschreiben eines Mitgliedes der Patriotenliga ergibt. Herr Marais, Professor am Collège St. Barb, ein ehemaliger Unterpräfekt der Regierung der nationalen Verteidigung 1870—71, schreibt an Droulede:

„Die Manifestation, zu der Sie mich einladen, gefällt mir nicht; ich liebe weder Lärm noch Zweideutigkeit; die Szenen, die sich neulich am Lyoner Bahnhof abspielten, widern mich an. Streichen Sie mich von Ihren Listen.“

Auch die Marseiller Sektion der Patriotenliga protestiert gegen jede Manifestation. Droulede will an der Straßburger Statue diesmal neben den französischen Hähnen auch die russischen andringen. Rochefort fordert alle auf, sich mor-

gen mit Wasserpeisen zu versehen. Von den morgen zur Verteilung kommenden Dekorationen verdient besondere Erwähnung die Verleihung des Kommandeurkreuzes der Ehrenlegion an den aus der Schnäbel-Affaire bekannt gewordenen Präsektions-Schönerb. Symptomatisch für die Politik der Regierung ist ferner die Dekorierung der Generale Caussier und Gallifet, beides Generale, die Boulanger schlecht behandelte, mit dem Großkreuz der Ehrenlegion.

London, 10. Juli. Die Kaiserin von Oesterreich befindet sich in dem Seebad Cromer. Sie fuhr unter dem Namen einer Gräfin Hohenembs von Antwerpen an Bord des Cambridge, des neuen Dampfers der Great-Eastern-Bahn, der dort für die hohe Frau bereitgehalten worden war, nach Harwich und von dort mit einem Sonderzuge derselben Bahn nach Cromer. Während der Fahrt war die Gesellschaft durch den Oberinspektor Oswald aus Köln vertreten. In Cromer wird die Kaiserin eine Seebadkur durchmachen.

Dr. Morell Madenzie hat dem Kronprinzen für die beiden Besuche, die er in Berlin machte, 2500 Guineen (52,500 M.) in Rechnung gestellt. Nach englischen Begriffen ist das mit Rücksicht auf des Patienten hohe Stellung nicht gerade zu viel, aber freilich auch nicht zu wenig. Als vor einem Jahre der Direktor des städtischen Krankenhauses in Berlin, Dr. Hahn, herüberbesucht wurde, um dem Rechtsanwalt Montagne Williams den kranken Knecht auszuscheiden, bezeichneten die hiesigen Blätter als das für die übrigens wunderbar glücklich vollzogene Operation geforderte Honorar die Summe von 1000 £. (20,000 M.); indessen soll er in Wirklichkeit nur 250 £. (5000 M.) erhalten haben, obgleich er von seinem Assistenten begleitet war. Für die fernere Kur wird wohl Dr. Morell Madenzie dieselbe Summe noch einmal verlangen; Bescheidenheit in Honorarfragen gehört eben nicht zu seinen Schwächen.

Die deutsche Kronprinzessin erfreut sich hier einer stetig wachsenden Beliebtheit. Am vorigen Freitag wohnte sie verschiedenen Schulfestlichkeiten bei, Morgens der Preisverteilung in der Blindenschule zu Upper Norwood, Nachmittags der Verammlung der Lehrerinnen-Bildungsanstalt in der City. Bei letzterer Gelegenheit hielt Lord Granville zur Begründung eines Dankesatzes auf sie eine seiner bekanntesten geschmackvollen und schwunghaften Reden. Er erwähnte darin ein Gespräch, das er seiner Zeit mit der Erzherzogin der Kronprinzessin, Lady Lyttelton, gehabt. Diese erzählte ihm von der raschen Schlagfertigkeit der Prinzessin. Einst fuhren sie zusammen in Windsor Park aus und beim Anblicke der unter den Bäumen spielenden Kinder rühmte die Prinzessin deren glückliches Aussehen. „Sie sind glücklich, weil sie gut sind“, führte die Erzherzogin geisteslos aus. „Nein“, erwiderte die Prinzessin, „sie sind glücklich, weil sie keine Damen-erzieherin haben.“ Lord Granville erwähnte ferner, daß ihm der Bräutigam einst zwei Abhandlungen seiner Tochter zeigte; in der einen gab sie eine malerische und rührende Beschreibung des Leichenbegängnisses des Königs von Preußen, in der andern bewies sie mit strenger Logik die Nothwendigkeit der Einheit Deutschlands. Auf Lord Granville sprach der Dichter Matthew Arnold; er pries die Theilnahme der Kronprinzessin an dem Erfolge der Fröbel'schen Kindergarten, denen in England das System William Ellis entspricht. Morgens nahm die Kronprinzessin die Preisverteilung in der Blindenschule von Upper Norwood vor, die sie einige Tage zuvor genau beaufsichtigt hatte.

London, 11. Juli. Die am Sonnabend im Lager von Aldershot abgehaltene Truppenparade war wohl das großartigste militärische Schauspiel, das in England jemals gesehen worden ist. Im „Langthale“ waren nicht weniger als 60,000 Mann reguläre und freiwillige Truppen aller Waffengattungen unter dem Oberbefehl des Herzogs von Cambridge aufgestellt. Der Aufmarsch der Truppen war kaum vollendet, als die fürstlichen Gäste aus London eintrafen. In Farnborough standen Pferde in Bereitschaft und der Prinz von Wales ritt, begleitet von seinen zwei Söhnen, dem König und dem Kronprinzen von Griechenland, dem König von Sachsen, dem Kronprinzen von Portugal und dem persischen Thronfolger, mit einem zahlreichen und glänzenden Gefolge nach dem Begrüßungspunkte. Die Prinzessin von Wales mit ihren Töchtern und die Herzogin von Leck folgten in offenen Wagen. Bald darauf verkündeten Kanonenschüsse, daß die Königin den königl. Pavillon, wo sie die Nacht zugebracht hatte, verlassen habe. Die Königin sah in einem von vier Gespannen gezogenen offenen Wagen und war von den Prinzessinnen Christian von Schleswig-Holstein und Heinrich von Battenberg begleitet. Die Eskorte bildete die indische Kavallerie und eine Schwadron Husaren. Neben dem Wagen ritten der Herzog von Connaught, Prinz Christian, Prinz Heinrich von Battenberg, der Großherzog und der Erbprinz von Hessen. Bei dem Herannahen der Königin stimmten die Kapellen die Volkshymne an und die Truppen salutierten. Hierauf sprengte der Herzog von Cambridge zur Königin heran und verlas die Glückwunschsadresse der Armee, auf welche die Königin eine Antwort erteilte. Dann ließen die Truppen auf ein gegebenes Hornsignal drei Hurrahs erschallen, wobei die Mannschaften der Infanterie ihre Helme auf die Gewehre setzten und in der Luft schwenkten. Nun erfolgte der Vorbeimarsch der Truppen, der in der

gesehen Ordnung vor sich ging. Zuerst kam die Infanterie, dann die Kavallerie und zuletzt die Artillerie, das Geniecorps und der Train. Der Prinz von Wales führte die Leibgarde und das 10. Husaren-Regiment, der Herzog von Connaught die Schützenbrigade bei der Königin vorüber. Nach dem Vorbeimarsch bildete die Kavallerie eine lange Linie und avancierte, den Herzog von Cambridge an der Spitze, bis fast dicht an den Wagen der Königin. Mit diesem Massenritt endete unter Kanonendonner die große Jubiläumsrevue.

Petersburg, 12. Juli. Die gerichtliche Verfolgung gegen die „Nowoje Wremja“ wegen Beschimpfung des deutschen Militärbesolomächtigten, Oberstleutnants v. Villame, wurde durch General Richter, den Chef des kaiserlichen Hauptquartiers, welchem Herr von Villame attachiert ist, eingeleitet, genau wie das „Berl. Tagbl.“ meldete. Die deutsche Regierung sandte das Material zur Erhebung der Anklage, darunter viele ausländische Zeitungen. Den angeklagten Redakteur Fedorow verteidigt Advokat Cholew; als vom Verteidiger vorgeschlagene Zeugen werden genannt: Redakteur der „France“ und Boulangers persönlicher Sekretär. Der Prozeß scheint sich zu einer cause célèbre ersten Ranges zu gestalten.

Warschau, 11. Juli. Dem „Dniwnik“ zufolge verweigert die Regierung den ausländischen Etablissements des Gouvernements Petrifan, darunter den Kramarschen Kohlenwerken mit 2500 Arbeitern, den Solowoger Bergwerken, der Länderbank gehörig, mit 325 und der „Compagnie Industrielle Textile“ in Lodz mit 450 Arbeitern vom 1. Oktober ab den Weiterbetrieb.

Moskau, 11. Juli. Bei Katkow wird, obwohl er körperlich wohlher ist und vorübergehend wieder arbeiten kann, melancholische Geistesstörung befürchtet.

Serajewo. In dem Monstreprozeß gegen den Militärleutnant Baruch und Konsorten, welche durch betrügerische Lieferungen das Aerar im Betrage von fast 2 Millionen Gulden verfürzt hatten, wurde am 11. d. M. das Urtheil gesprochen. Es wurden verurtheilt: Daniel Baruch zu 5 Jahren schweren Kerkers. Josef Baruch zu 2 Jahren, alt Aros zu 2 Jahren, Javer Baruch zu 5 Monaten, Simon und Vigno zu 4 Monaten und Atyas zu 3 Monaten. Weitere 5 Angeklagte wurden freigesprochen. Die Schuldigen wurden auch zum Schadenersatz verurtheilt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 14. Juli. Die Verkaufselbsthülfe ist durch das Handelsgesetzbuch dem Verkäufer gewährt, wenn der Käufer mit der Abnahme der Waare im Verzuge sich befindet, oder in Zahlungsverzug kommt. Hierzu sind aus dem Urtheil des Reichsgerichts 1. Zivil-Senat vom 5. März 1878 folgende Sätze mitzutheilen: Artikel 343 des Allgem. deutschen Handelsgesetzbuches bestimmt, daß bei Abnahmeverzug des Käufers der Verkäufer berechtigt ist, nach vorgängiger Androhung die Waare öffentlich verkaufen zu lassen. Artikel 354 und 356 des Handelsgesetzbuches berechnen den Verkäufer, bei Zahlungsverzug des Käufers die Waare unter Beobachtung der Bestimmungen des Artikels 343 des Handelsgesetzbuches zu verkaufen, legen ihm aber auf, dies dem Käufer anzuzeigen und ihm eine Nachfrist zu bewilligen. Beiden Bestimmungen liegt die Absicht zu Grunde, dem säumigen Käufer die Möglichkeit zu gewähren, 1) das Versäumte nachzuholen, 2) Vorkehrungen zu treffen, um den androgten Verkauf zu einem für ihn möglichst vorteilhaften zu gestalten. Spricht nun der Käufer die Erfüllungseweigerung aus, so fällt damit die Verpflichtung des Verkäufers, demselben die Nachholung des Versäumten möglich zu machen, hinweg. Dagegen wird das weitere Motiv bezw. der weitere Zweck der erwähnten gesetzlichen Bestimmungen von dieser Weigerung nicht berührt. Der Käufer hat, auch wenn er vom Vertrage zurückzutreten erklärt hat, für den Fall, daß der Rücktritt sich als ungerechtfertigt herausstellen sollte, immer noch ein Interesse daran, den Selbsthülfeverkauf zu einem für ihn vorteilhaften zu gestalten. Daraus folgt, daß der Verkäufer, welchem gegenüber der Käufer die Erfüllungseweigerung ausgesprochen hat, 1) wenn er eine Erklärung über die Wahl eines der ihm Artikel 354 des Handelsgesetzbuches zustehenden Rechte noch nicht getroffen hatte, eine solche Wahl erklären, und wenn er sich für den Selbsthülfeverkauf entscheidet, den Termin des androgten Verkaufs so ansetzen muß, daß dem Käufer die Möglichkeit, bei demselben seine Interessen zu wahren, gegeben ist; 2) hatte der Verkäufer schon eine Nachfrist zur Erfüllung gewährt, so ist er an dieselbe nicht mehr gebunden, soweit sie die Zeitdauer überschreitet, welche der Käufer zur Wahrung seiner Interessen beim Selbsthülfeverkauf beanpruchen kann.

Der Stapellauf der auf der Werft des „Vulkan“ für die deutsche Marine im Bau befindlichen Korvette „Elisabeth“ wird voraussichtlich am 23. d. M. stattfinden, doch steht, wie wir hören, die definitive Entscheidung der kaiserlichen Admiralität noch aus. Dem Stapellauf dürften, wie verlautet, Prinz Heinrich und der Chef der Admiralität, General-Lieutenant von Caprivi, beiwohnen.

Der Eigentümer eines Mietshauses und ebenso der Fiskus und andere juristische Personen hinsichtlich ihrer dem Verleher des Publikums bestimmten Dienstgebäude sind nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 5. Zivilsenats, vom

16. Mai 1887, im Geltungsbereich des preussischen allgemeinen Landrechts zur Unterhaltung von Beleuchtungs-Einrichtungen nach Eintritt der Dunkelheit bis zu der Zeit, bis zu welcher der regelmäßige Verleher in dem Hause dauert, resp. das Dienstgebäude dem Verleher des Publikums geöffnet ist, gesetzlich verpflichtet und für jeden aus der Unterlassung der Beleuchtung entstehenden Schaden haftbar.

Dem emeritierten evangelischen Lehrer Wolff zu Tempelburg, früher zu Reppow im Kreise Neustettin, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Bellevue-theater: „Farrinelli.“ Operette in 3 Akten. — Elysium-theater: „Goldfische.“ Lustspiel in 4 Akten.

Bermischte Nachrichten.

— (Ein Witz.) Richter zur Zeugin: „Ihr Name?“ Zeugin: „Betty Lang.“ — „Lebzig?“ — „Ja wohl, mit 5000 Gulden Einkünften jährlich.“

— (Aus der Schule.) Lehrer: „Kohn! Wieviele Reiche giebt es in der Natur?“ — Kohn: „Das weiß ich nicht genau, aber Schnorrer giebt es mehr!“

— (Aus der Instruktion.) Hauptmann: „Eine Kompanie besteht aus vier und eine halbe Kompanie aus zwei Zügen. Lehmann! Was entsteht also, wenn zwei Züge zusammenstoßen?“ — Lehmann: „Ein Eisenbahnunglück.“

— (Bedenkliche Genugthuung.) Frau: „Ein feiner Herr, Dein Buchhalter! Bläst mir bei der Unterhaltung den Rauch der feinen Zigarren, die Du ihm immer giebst, unverfroren in's Gesicht!“ — Mann: „Diese Ungezogenheit! Zur Strafe soll er nur noch ganz schlechte Zigarren bekommen, wenn ich ihn einlade.“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Koblenz, 13. Juli. Der Kaiser und die Kaiserin machten gestern Abend und heute Vormittag eine halbstündige Ausfahrt nach den Rheinanlagen. Die Abfahrt des Kaisers nach der Mainau erfolgt heute Abend 9 1/2 Uhr.

Posen, 13. Juli. Die Anstellungskommission bezieht am 1. Oktober wegen der geplanten wesentlichen Erweiterung ihrer Thätigkeit ein großes Bureau in dem Konfistorialgebäude.

Posen, 13. Juli. In der russischen Kreisstadt Siemencany (?) sind am Montag über 200 Häuser niedergebrannt; 2000 Menschen wurden obdachlos.

Im russischen Grenzkreise Appin sind von Petersburg aus sämtliche Besitz und Kaufleute angewiesen worden, alle deutschen Beamten und Arbeiter im September unweigerlich zu entlassen.

München, 13. Juli. Der bereits fertig gestellte Hauptetat der Heeresverwaltung wird erster Gegenstand der Berathung des Finanzausschusses sein.

Paris, 13. Juli. Ein Pariser Gastfreund Castelsars, ein gewisser Casanaba, erhielt, namentlich durch den Einfluß des ersten, die Konzession zur Errichtung einer Spielbank im Seebad San Sebastian.

Paris, 13. Juli. Abgeordneter Steenackers beantragte gestern in der Kammer die Besteuerung französischer Arbeitgeber, welche Ausländer beschäftigen. Der Antrag wurde dem Fremdensteuer-Ausschusse zugewiesen.

London, 13. Juli. Wie die „Daily News“ melden, hat die englische Regierung an die Mächte Einladungen zu einer Konferenz über die Zulieferungsfrage ergehen lassen und London als Versammlungsort in Vorschlag gebracht. Die Regierung sei jedoch nicht abgeneigt, die Konferenz auch an einem andern Orte stattfinden zu lassen.

Petersburg, 13. Juli. Das am 25. d. M. gegen die „Börsenzeitung“ für die Dauer eines Monats erlassene Herausgabe-Verbot ist heute wieder aufgehoben worden.

Petersburg, 13. Juli. Die „Nowoje Wremja“ betont, wenn für Rußland die deutsche Freundschaft unvermeidlich sei, so müsse man mindestens die größtmöglichen Vortheile aus derselben herausheben und als erste Bedingung die vollste Aktionsfreiheit in dem letztverbliebenen Borspoffen „Bulgarien“ verlangen. Damit würde von selbst die Kandidatur des Koburgers in Duns zerfließen. Dem Grafen Schumalow wird dießseits eine wichtige diplomatische Mission in Berlin beigegeben.

Das brasilianische Kaiserpaar wird die ihm verwandte Gräfin Zamoyeska in Warschau auf eine Woche besuchen und dann nach Kiew, Odessa und Moskau reisen.

Briefkasten.

Mar L. in Lübingen. Se. Majestät der Kaiser sind seit dem Jahre 1879 nicht wieder in Stettin gewesen. — R. L., hier. Wir sind leider nicht im Stande, Ihnen die Verlagsbehandlung zu nennen.

Wasserstands-Bericht.

Oder bei Breslau, 12. Juli, 12 Uhr Mittags Oberpegel 4,75 Meter, Unterpegel — 0,42 Meter. — Warthe bei Posen, 12. Juli Mittags 0,70 Meter.